

heidet die Geister

unterbinden und sehen Landesregierung in der Pflicht

NEUEN
BOHREN
HÜRINGEN

assuche in Deutschland
mit Risiken für

von den Initiativen gefordert – jegliche Genehmigungen ablehnen. Zudem sieht das Ministerium den Bedarf für unkonventionell gefördertes Gas anders als Hartwick Oswald. Die „nachhaltige Nutzung lokaler Vorkommen“ von Rohstoffen sei vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung auf den Märkten von „immer größer werdender Bedeutung“, heißt es in der Stellungnahme – tiefergehende Einschätzungen seien allerdings Sache von Matthias Machnigs (SPD) Wirtschaftsministerium.

Derzeit erwarten sowohl die Bürgerinitiativen als auch die Genehmigungsbehörden zwei Studien des Landes Nordrhein-Westfalen und des Umweltbundesamtes zu den Risiken des Fracking. Reinholz' Ministerium will für den Fall, dass sich daraus gegenüber dem bestehenden Recht Handlungsbedarf erkennen lasse, sich genau dafür einsetzen. Trotzdem sei man

schon derzeit mit den Initiativen im Freistaat in einem offenen Dialog zum Fracking – auf den Brief mit Bitte zum Dialog vom 25. Juni 2012 an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht

(CDU) allerdings hat die Initiative keine Antwort erhalten.

Landtagsvotum nicht bindend

In der Stellungnahme des Ministeriums indes zeigt sich ein Problem, das bereits im Juli von der Thüringer Opposition angesprochen wurde. Der Landtag hatte sich damals mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Landesregierung aufzufordern, nach Möglichkeiten zu suchen, das Fracking zu untersagen. Allerdings entscheidet das Landesbergamt schlicht aufgrund geltenden Rechts und nicht je nach politischer Großwetterlage – nötig ist für ein Verbot also offenbar tatsächlich eine Änderung des Rechts im Bund – die Bürgerinitiativen und offenbar auch der Thüringer Bauernverband fürchten sonst eine Zulassung des Verfahrens.

Dann, so lauten die Bedenken, könnten im großen Stil Chemikalien in den Boden verpresst werden, um Gesteinsschichten zu zerstören und darin gebundenes Gas zu fördern – mit unbekanntem Folgen für das Grundwasser.

ZUR SACHE

Gestein aufbrechen

Hydraulic Fracking ist eine Bergbaumethode, bei der in geologischen Tiefbohrungen durch das Einpressen einer Flüssigkeit Gesteinsschichten aufgebrochen, erweitert und stabilisiert werden sollen. Damit sollen das Gestein durchlässig werden und dort gebundene Rohstoffe an die Oberfläche geholt werden. Die Flüssigkeit enthält eine Reihe von Chemikalien, von denen Umweltschützer be-

fürchten, dass sie im Falle eines ungewollten Austritts, das Grundwasser verseuchen können. Eine Reihe von Dialogforen und Informationsportalen im Internet befassen sich mit Fracking, so etwa

unkonventionelle-gasfoerderung.de/ oder von ExxonMobil: dialogerdgasundfrac.de/ sowie die BI Fahner Höhe: www.bi-fahner-hoehe.de/

Attraktive Kurzarbeit

Sondervereinbarung bald auch in Eisenach

Eisenach. (fg) Die Vereinbarung zur Kurzarbeit in den Opel-Werken Rüsselsheim und Kaiserslautern soll in der kommenden Woche auf die anderen Werke des Autoherstellers ausgedehnt werden. Das sagte der Eisenacher Betriebsratschef Harald Lieske im Gespräch mit der TLZ.

Für die Mitarbeiter sei das Modell mit lediglich sechs Prozent Nettolohnausfall bei Kurzarbeit durch einen betrieblichen Bonus gar nicht unattraktiv, sagte er. Insgesamt soll das Unter-

nehmen im ... zehnte Schicht rufen könne es zu Aus... auch ganze... men. Die S... acher Werk... gleichweise... mit dem ne... loslegen, he... wie immer, ist“, sagte er... ge neuer An... den – dam... Kleinwagen... ger für Eisen

Finanzspritze Absage ert

FDP: Kein Bundesgeld für

Berlin. (dapd) Kurz vor der Haushaltsklausur der Bundestagsfraktionen von Union und FDP in der kommenden Woche kündigt sich Streit um den finanziell in Not geratenen Berliner Großflughafen an. So erteilt die FDP einer Finanzspritze durch den Bund eine Absage. „Ich sehe keine Möglichkeit, neues Geld nachzuschießen“, sagte der liberale Haushaltsexperte Jürgen Koppelin am Freitag der Nachrichtenagentur dapd in Berlin. Er fügte hinzu: „Bei dem Chaos im Management der Flughafengesellschaft kann es aus meiner Sicht kein weiteres Geld geben.“

Nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ plant jedoch das Bundesfinanzministerium gemeinsam mit den Ländern Berlin und Brandenburg eine Kapitalerhöhung von rund einer halben Milliarde Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen, um dem neuen Hauptstadtflughafen aus der Klemme zu helfen. „Finanzierungsfragen“ sollen indes erst auf der nächsten Aufsichtsratsitzung im September geklärt

werden, s... von Bu... Peter Ram... tag. Ähnli... das Bunde... Koppel... nach dem... den Bürge... Klaus W... Haushalts... destages s... Haltung b... Vorsitzen... der Flugl... hatte dem... Rede und... Der I... hegt jedo... sätzliche... Ausgaber... „Man mu... denn das... Eine Fin... auch Kü... etat an a... ziehen.“ Die F... haltsklaus... desfinanz... Schäuble... kung der... wegen.